

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljährlich 4.50 RM., monatlich 1.50 RM.,
 frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne
 Nummern 10 Pf. Postbezugs: Monatlich
 1.50 RM. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2.- RM., für das übrige Ausland
 4.50 RM. monatlich. Ausland im Reich
 bei direkter Bestellung monatlich 1.50 RM.
 Postbestellungen nehmen an: Adress-
 amt, Postamt, Postfach, Postkasten
 und die Sonstigen Eingangsstellen in die
 Zeitungs-Vertriebsstellen.
 Erscheinung täglich.
 Kassen- und Adressen:
 „Sozialdemokratisches Berlin“.

Der Anzeigenpreis
 beträgt 1. für die erste Zeile 20 Pf.,
 für die zweite Zeile 15 Pf., für die dritte
 Zeile 10 Pf., für die vierte Zeile 7 Pf.,
 für die fünfte Zeile 5 Pf., für die sechste
 Zeile 4 Pf., für die siebente Zeile 3 Pf.,
 für die achte Zeile 2 Pf., für die neunte
 Zeile 1 Pf., für die zehnte Zeile 1 Pf.,
 für die elfte Zeile 1 Pf., für die zwölfte
 Zeile 1 Pf., für die dreizehnte Zeile 1 Pf.,
 für die vierzehnte Zeile 1 Pf., für die
 fünfzehnte Zeile 1 Pf., für die sechzehnte
 Zeile 1 Pf., für die siebzehnte Zeile 1 Pf.,
 für die achtzehnte Zeile 1 Pf., für die
 neunzehnte Zeile 1 Pf., für die zwanzigste
 Zeile 1 Pf., für die einundzwanzigste
 Zeile 1 Pf., für die zweiundzwanzigste
 Zeile 1 Pf., für die dreiundzwanzigste
 Zeile 1 Pf., für die vierundzwanzigste
 Zeile 1 Pf., für die fünfundzwanzigste
 Zeile 1 Pf., für die sechsundzwanzigste
 Zeile 1 Pf., für die siebenundzwanzigste
 Zeile 1 Pf., für die achtundzwanzigste
 Zeile 1 Pf., für die neunundzwanzigste
 Zeile 1 Pf., für die dreißigste Zeile 1 Pf.,
 für die einunddreißigste Zeile 1 Pf.,
 für die zweiunddreißigste Zeile 1 Pf.,
 für die dreiunddreißigste Zeile 1 Pf.,
 für die vierunddreißigste Zeile 1 Pf.,
 für die fünfunddreißigste Zeile 1 Pf.,
 für die sechsunddreißigste Zeile 1 Pf.,
 für die siebenunddreißigste Zeile 1 Pf.,
 für die achtunddreißigste Zeile 1 Pf.,
 für die neununddreißigste Zeile 1 Pf.,
 für die vierzigste Zeile 1 Pf., für die
 einundvierzigste Zeile 1 Pf., für die
 zweiundvierzigste Zeile 1 Pf., für die
 dreiundvierzigste Zeile 1 Pf., für die
 vierundvierzigste Zeile 1 Pf., für die
 fünfundvierzigste Zeile 1 Pf., für die
 sechsundvierzigste Zeile 1 Pf., für die
 siebenundvierzigste Zeile 1 Pf., für die
 achtundvierzigste Zeile 1 Pf., für die
 neunundvierzigste Zeile 1 Pf., für die
 fünfzigste Zeile 1 Pf., für die einundfünfzigste
 Zeile 1 Pf., für die zweiundfünfzigste
 Zeile 1 Pf., für die dreiundfünfzigste
 Zeile 1 Pf., für die vierundfünfzigste
 Zeile 1 Pf., für die fünfundfünfzigste
 Zeile 1 Pf., für die sechsundfünfzigste
 Zeile 1 Pf., für die siebenundfünfzigste
 Zeile 1 Pf., für die achtundfünfzigste
 Zeile 1 Pf., für die neunundfünfzigste
 Zeile 1 Pf., für die sechzigste Zeile 1 Pf.,
 für die einundsechzigste Zeile 1 Pf.,
 für die zweiundsechzigste Zeile 1 Pf.,
 für die dreiundsechzigste Zeile 1 Pf.,
 für die vierundsechzigste Zeile 1 Pf.,
 für die fünfundsechzigste Zeile 1 Pf.,
 für die sechsundsechzigste Zeile 1 Pf.,
 für die siebenundsechzigste Zeile 1 Pf.,
 für die achtundsechzigste Zeile 1 Pf.,
 für die neunundsechzigste Zeile 1 Pf.,
 für die siebenzigste Zeile 1 Pf., für die
 einundsiebzigste Zeile 1 Pf., für die
 zweiundsiebzigste Zeile 1 Pf., für die
 dreiundsiebzigste Zeile 1 Pf., für die
 vierundsiebzigste Zeile 1 Pf., für die
 fünfundsiebzigste Zeile 1 Pf., für die
 sechsundsiebzigste Zeile 1 Pf., für die
 siebenundsiebzigste Zeile 1 Pf., für die
 achtundsiebzigste Zeile 1 Pf., für die
 neunundsiebzigste Zeile 1 Pf., für die
 achtzigste Zeile 1 Pf., für die einundachtzigste
 Zeile 1 Pf., für die zweiundachtzigste
 Zeile 1 Pf., für die dreiundachtzigste
 Zeile 1 Pf., für die vierundachtzigste
 Zeile 1 Pf., für die fünfundachtzigste
 Zeile 1 Pf., für die sechsundachtzigste
 Zeile 1 Pf., für die siebenundachtzigste
 Zeile 1 Pf., für die achtundachtzigste
 Zeile 1 Pf., für die neunundachtzigste
 Zeile 1 Pf., für die neunzigste Zeile 1 Pf.,
 für die einundneunzigste Zeile 1 Pf.,
 für die zweiundneunzigste Zeile 1 Pf.,
 für die dreiundneunzigste Zeile 1 Pf.,
 für die vierundneunzigste Zeile 1 Pf.,
 für die fünfundneunzigste Zeile 1 Pf.,
 für die sechsundneunzigste Zeile 1 Pf.,
 für die siebenundneunzigste Zeile 1 Pf.,
 für die achtundneunzigste Zeile 1 Pf.,
 für die neunundneunzigste Zeile 1 Pf.,
 für die hundertste Zeile 1 Pf., für die
 einundhundertste Zeile 1 Pf., für die
 zweiundhundertste Zeile 1 Pf., für die
 dreiundhundertste Zeile 1 Pf., für die
 vierundhundertste Zeile 1 Pf., für die
 fünfundhundertste Zeile 1 Pf., für die
 sechsundhundertste Zeile 1 Pf., für die
 siebenundhundertste Zeile 1 Pf., für die
 achtundhundertste Zeile 1 Pf., für die
 neunundhundertste Zeile 1 Pf., für die
 tausendste Zeile 1 Pf.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Montag, den 21. Januar 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Oesterreich-Ungarn!

Der Arbeiterschaft Oesterreichs, der sich das Proletariat Deutschlands durch Bande der stärksten Solidarität verbunden fühlt, gilt unser Gruß! Unsere Leser haben gestern die neue Erklärung des Grafen Czernin zur Kenntnis genommen, und sie haben mit uns gefühlt, daß aus dieser Erklärung noch etwas anderes klingt als Ministergefinnung und Diplomatenwitz. Es liegt in ihr ein Ton kategorischer Bestimmtheit, und man hat den Eindruck, daß sich in ihr ein Wille aufrecht so stark, wie es nur der Wille von Moskau sein kann.

Aus den Worten des Grafen Czernin sprachen diesmal die Völker Oesterreichs, sprach vor allem das österreichische Proletariat. Die Regierung Oesterreich-Ungarns, die seit dem 28. Dezember mit ihren Vätern nicht einig war, ist es jetzt wieder geworden, und die Erklärung Czernins ist die Formel, auf der sich die Einigung vollzogen hat.

Kann dieses Ergebnis der Regierung Oesterreich-Ungarns unwillkommen sein? Wenn sie von wirklich staatsmännischem Geist nicht verlassen ist, kann man das nicht annehmen. Auf den Willen des Volkes gestützt, kann die österreichisch-ungarische Regierung eine starke Politik treiben, eine starke Friedenspolitik, und daß sie die treiben will, hat sie ja wiederholt selbst erklärt. Das Gelöbnis des Grafen Czernin vom 18. Januar steht in vollem Einklang mit seinen früheren Reden, mit der deutschen Reichstagsentscheidung vom 19. Juli, mit der deutschen Antwortnote an den Papst, mit der Erklärung der Mittelmächte vom 25. Dezember.

Dieses neue Gelöbnis wäre nicht notwendig gewesen, wenn nicht inzwischen Ereignisse eingetreten wären, die das Vertrauen in die Aufrichtigkeit der Diplomatie erschüttert hätten. Entgegen allen früheren Versprechungen machte sich die Absicht bemerkbar, Rußlands augenblickliche Schwäche zu benutzen, um mit der Schlinge des Selbstbestimmungsrechts lebenswichtige Teile von diesem Reiche abzuschneiden. Jetzt sagt Graf Czernin:

Ich habe und bürgte dafür, daß der Friede unsererseits nicht an Eroberungsabsichten scheitern wird. Ich nehme kein Wort von dem zurück, was ich als das Friedensprogramm der Monarchie aufgestellt und vertreten habe.

Wir wollen nichts von Rußland, weder Gebietsabtretungen noch Kriegsschadigungen.

Wir wollen nur ein freundschaftliches, auf sicheren Grundlagen beruhendes Verhältnis, das von Dauer ist und auf gegenseitigem Vertrauen ruht.

Nach dieser Erklärung darf es in Brest-Litowsk keinen Streit mehr darüber geben, in welcher Form die Bevölkerung der besetzten Gebiete ihr Selbstbestimmungsrecht ausüben sollen. Ohne machtpolitische Hintergedanken werden sich die Unterhändler gemeinsam mit den Russen bemühen müssen, diejenige Form ausfindig zu machen, die der Bevölkerung die freie Befundung ihres Willens am vollkommensten gewährleistet. Ist in der Sache Einigkeit erzielt in dem Sinne, daß wir von Rußland nichts wollen, dann wird an bloßen Formfragen der Frieden nicht scheitern.

Es ist ohne weiteres einleuchtend, daß das österreichische Ereignis keine tiefgreifende Rückwirkung auch auf Deutschland haben muß. Wir sind in den letzten Tagen an Abgründen vorbeigewandert. Uns drohte, als Frucht der alldeutschen Propaganda, nicht nur das Scheitern der Friedensverhandlungen mit Rußland, sondern auch die völlige weltpolitische Isolierung. Diese Gefahr kann nur dadurch überwunden werden, daß die deutsche Regierung, ohne eines weiteren Ansporns dazu bedürfen, entschlossen an die Seite des österreichischen Bundesgenossen tritt, daß sie sich mit der Erklärung des Grafen Czernin solidarisch erklärt und aus ihr alle praktischen Folgerungen zieht, die ehrlicher Weise aus ihr gezogen werden müssen.

Würde sich die deutsche Regierung anders verhalten, so wäre die Folge davon die, daß zwar Oesterreich-Ungarn und Rußland in ein dauerndes Freundschaftsverhältnis kämen, daß aber Deutschland davon ausgeschlossen bliebe. Das heißt, wir würden durch den Frieden keinen einzigen neuen Freund gewinnen, aber wir würden den letzten nachbarlichen Freund verlieren. Die alldeutsche Presse hat, wie es nun einmal ihre völkerverbindende Art ist, den Oesterreichern alles vorgerechnet, was sie den Deutschen zu danken haben. Sie vergißt dabei vollständig, daß auch Deutschland den Weltkrieg nicht hätte bestehen können, wie es ihn bestanden hat, wenn hinter Bodenbach nicht eines Bundesgenossen ein unfeindlicher Nachbar gemohnt hätte.

Dieser Bundesgenosse hat jetzt das Recht, beim Abschluß des Friedens mitzusprechen, und wenn er das im Sinne der letzten Erklärung des Grafen Czernin tun will, so sei ihm von hier aus gesagt, daß er damit auch im Interesse und nach dem Wunsch der ungeheuren Mehrheit des deutschen Volkes han-

Auflösung der Konstituante.

Petersburg, 19. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Nachdem die Verfassungsgebende Versammlung nach anderthalbstündiger Beratung gegen die Erklärung des ausführenden Zentralausschusses abgestimmt hatte, entfernten sich die Bolschewiki. Die Verfassungsgebende Versammlung wollte nicht die Art und Weise billigen, in der die Friedensverhandlungen von den Sowjets, die den Saal verlassen haben, geführt werden. Um 4 Uhr morgens wurde die Versammlung von Matrosen aufgelöst. Heute wird ein Erlass erscheinen über die Auflösung der Verfassungsgebenden Versammlung.

Damit hat sich ein geschichtliches Ereignis vollzogen, dessen schmerzliche Bedeutung nicht verkannt werden wird. Schon der gestrige Artikel des Genossen Grigorjan, der, wie alle nichtbolschewistischen Sozialisten, nachdrücklich die Rechte der Konstituante vertritt, hat unsere Leser auf diesen Gang der Ereignisse vorbereitet. Die bolschewistische Regierung hatte in der Volksvertretung keine Mehrheit gefunden, und da sie, wie zu erwarten war, auf die Macht nicht verzichten wollte, hat sie ihre Sache auf Viegen oder Brechen gestellt hat — an dem Parlament des revolutionären Rußland nicht anders gehandelt wie der Zar an der Duma.

Die deutsche Sozialdemokratie hat schon oft ausgesprochen, daß sie zwar im sozialistischen Endziel und im Streben nach dem Frieden mit den Bolschewiki einverstanden ist, daß sie sich aber sonst in ihren Auffassungen und Methoden von den

Bolschewiki stark unterscheidet. Das muß aus dem gegenwärtigen Anlaß wiederholt und unterstrichen werden.

Die Depesche der Petersburger Telegraphenagentur ist kurz, wie offiziöse Depeschen immer kurz sind, wenn sie der Welt etwas Unangenehmes mitzuteilen haben. Immerhin geht aus ihr soviel hervor, daß zwischen der Mehrheit der gewählten Volksvertretung und der bolschewistischen Regierung eine scharfe Meinungsverschiedenheit über die Friedensverhandlungen besteht und daß es darüber zum Konflikt gekommen ist.

Ob die Mehrheit überhaupt gegen jeden Sonderfrieden oder nur gegen einen Sonderfrieden auf bolschewistischer Grundlage ist, geht aus dem Bericht, obwohl es ungeheuer wichtig ist, nicht hervor. Aber so kurz er ist, so sagt er doch deutlich genug, daß die bolschewistische Macht nicht auf einer gesicherten Volksmehrheit beruht und daß sie daher auch nicht von langer Dauer sein kann. Ein Frieden aber, der von der gegenwärtigen Regierung fünf Minuten vor ihrem Sturz abgeschlossen, von der Mehrheit des russischen Volkes aber verurteilt und verdammt würde, wäre für die Rabel

Deutschland und Oesterreich-Ungarn müssen in Brest-Litowsk zu einem Frieden zu gelangen suchen, der keinen rasch vergänglichem weltpolitischen Konjunkturgewinn darstellt, sondern der vom russischen Volke selbst gebilligt wird und darum auch Dauer verspricht. Dieser Friede kann aber nur geschlossen werden, wenn vollständiger ehrlicher Ernst gemacht wird mit der Erklärung des Grafen Czernin, daß wir von Rußland nichts wollen.

dein wird. So wie die Arbeiter Deutschlands und Oesterreich-Ungarns in ihrem festen Friedenswillen eine geschlossene Front darstellen, so möge auch zwischen den offiziellen Vertretungen der Völker eine Front hergestellt werden. Es darf keinen Unterschied auch nur der Nuance geben zwischen Herling und Czernin!

Die Arbeiterschaft des Deutschen Reiches darf nicht auf den Gedanken gebracht werden, daß in Deutschland gewisse Wirkungen ausblieben, weil gewisse Ursachen fehlten, die in Oesterreich vorhanden gewesen sind. Und wenn wir vorhin sagten, Deutschland dürfe sich nicht weltpolitisch isolieren, nicht seine letzte Nachbarfreundschaft machtpolitischen Agitationen opfern, die selbst bei Bundesgenossen Abscheu erregen, so sagen wir jetzt und womöglich noch nachdrücklicher: die deutsche Regierung darf nichts unter dem Druck dieser Agitationen vom eigenen Volke isolieren. Oder sollte sie in einem Zustand entgegenstemmern wollen, von dem man sagen könnte: Oesterreich-Ungarn, Rußland und das deutsche Volk sind sich über den Frieden einig, nur die deutsche Regierung macht nicht mit? Ein solcher Zustand müßte seine inneren Folgen haben, denen jeder mit Verstand begabte Staatsmann aus dem Wege gehen wird.

Ist also eine Entscheidung gefallen? Wir hoffen es, aber wir haben schon so viele überraschende Rückfälle erlebt, daß wir auch heute noch nicht sagen möchten: Sie ist gefallen! Der Kampf, den die deutsche Sozialdemokratie um den Frieden führt, ist schwer, und der Gegner, gegen den sie zu kämpfen hat, ist stark und zäh. Aber der Fortschritt, der in Wien erzielt worden ist, weckt Zuversicht. Wir grüßen die Arbeiter Oesterreich-Ungarns und sagen ihnen: Auf den Schlachtfeldern hat sich euer Blut mit dem unsern gemischt. Jetzt geht es um den Frieden, und da sind wir und bleiben wir eure Bundesgenossen!

Eine Rede Viktor Adlers.

„Wir verlangen, daß die Regierung alles tut...“

Am letzten Donnerstag hielt der Budgetausschuß des österreichischen Abgeordnetenhauses eine sehr wichtige Sitzung, in der Genosse Dr. Viktor Adler eine bedeutsame Rede hielt.

Zu Beginn der Sitzung nahm Genosse Seitz das Wort. Er bezeichnet es als unmöglich, daß der Budgetausschuß in der gegenwärtigen Zeit eine beschauliche Debatte über die Messfortfragen der inneren Verwaltung abführe. Breite Massen des Volkes sind beunruhigt über die Verhandlungen in Brest-Litowsk und denken nur daran, wie diese so rasch als möglich im günstigen Sinne abgeschlossen werden können. Er stelle daher den Antrag, in Abänderung der Tagesordnung zunächst Kapitel VI (Beitragsleistung zu den gemeinsamen Angelegenheiten) in Verhandlung zu ziehen, das

die Möglichkeit biete, über die Friedensfragen eingehend zu sprechen.

Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Deutschbürgerlichen angenommen. Dann ergriff Genosse Dr. Viktor Adler das Wort zu einer Rede, in der er ausführte:

Die russische Revolution hat jenes Motiv beseitigt, das für unsere Volksmassen den Krieg psychologisch ermöglicht hat. Nicht nur wir, sondern alle Welt hat sich gefügt: Der Alp des Jargonismus müsse endlich entfernt, Europa müsse befreit werden. Nun ist das durch die eigenen Hilfsmittel der russischen Völker geschehen. Wir stehen heute vor der Möglichkeit des Friedens und darum hat alle Welt die Heberzeugung,

der Friede darf durch Fragen des Prestiges, durch Fragen von Zukunftsplänen nicht hinausgeschoben werden.

Nun sieht man plötzlich, daß die Verhandlungen in einer Zone und in einer Art gefährt werden, von der man sagen müßte, so macht man keinen Frieden. Man würde dabei Rußland unterschätzen und die ganze Weltlage falsch beurteilen. Es entstand endlich eine Hoffnung und man sehen wir, daß diese Hoffnung plötzlich zu verschwinden scheint. In diesem Moment ist ohne jedes Signal, ohne jede von der sozialdemokratischen Partei gegebene Parole, in den Massen der Gedanken noch geworden: Wenn diese Hoffnung vergeht und nichts zu essen da ist, haben wir nichts mehr zu verlieren. Das ist die Stimmung in der Bevölkerung. Wir können nicht schweigend zusehen, wie ein paar Herren in Brest-Litowsk ihre Politik, vielleichte die Politik anderer machen und das Schicksal der Friedensverhandlungen vielleichte gegen den Willen der österreichischen Friedensunterhändler aufs Spiel setzen. Man kann in Brest-Litowsk nicht verhandeln,

ohne die Völker Oesterreichs mit am Tische sitzen zu lassen.

Wenn auch nicht als Person, aber es muß doch das Bewußtsein der Verantwortlichkeit für unser aller Schicksal dort am Tische sein. Wir müssen von der Regierung hören, was sie will. In jedem anderen Lande wäre im Dezember das Parlament für permanent erklärt worden (und Deutschland! Red. d. Vorm.) und jede Regierung würde sagen, sie müßte selbstverständlich mit allen Vertretern der Völker, auch derjenigen, die jetzt gerade un bequem sind, jede Fühlung haben. Die Ausübung des Parlamentes bedeutet nicht nur für die Abgeordneten, sondern auch für die Massen brauchen eine ganz unmögliche Situation. Es kann nicht zugegeben werden, daß die Abgeordneten stumm sind und aus den Zeitungen erfahren müssen,

daß ein General auf den Tisch schlägt,

mit dem Säbel getroffen wird und der Friede in Gefahr kommt. Bei der Politik ist jeder das österreichische noch das deutsche Oberkommando notwendig. In allen Völkern und selbst bei jenen Staatsmännern der Entente, die am meisten genötigt sind, durch ausgerechte Reden das Kriegszweck zu unterhalten, ist das Bewußtsein lebendig, daß der Krieg nicht fortgehen könne und zu Ende gebracht werden müsse. (Dr. Reichert: Bei Lloyd George sieht man das nicht!)

Dr. Adler: Selbst bei Lloyd George! — Das Reden allein ist es nicht, wir wollen den allgemeinen Frieden, wir wollen ihn bedingungslos, wir müssen daran nicht die Erwerbung eines Königreichs. Die sozialdemokratische Partei hat die Selbständigkeit Polens von jeher als eines der Ziele der Demokratie angesehen. Sie ist auch heute dafür. Sie wäre auch für eine Angliederung Krakaus an Warschau zu haben, nicht aber für eine Angliederung Warschaws an Krakau. Dies darum nicht, weil wir dann in Verhältnisse kommen, die unmöglich sind und die im Widerspruch mit dem Willen der Völker stehen. Wenn die Verhandlungen in Brest-Litowsk nicht vernünftig geführt werden, werden wir die Möglichkeit verpassen, daß sich an die Verhandlungen über den Separatfrieden der allgemeine Friede schließt; denn die Verhandlungen in Brest-Litowsk haben eine Bedeutung weit über das Verhältnis zu Rußland hinaus. Die vom Grafen Czernin aufgestellte Forderung hat uns in Europa das Ansehen verschafft, daß wir die möglichen Träger der Lösung des Weltkonflikts sein können. Das soll nicht gerührt werden. Wir verlangen, daß dem Parlament fortlaufend über die Dinge, die in Brest-Litowsk und sonst in der Welt vorgehen, Auskunft gegeben werde, aber wir verlangen auch, daß uns nicht nur erzählt wird, was vorgeht, sondern daß man auch höre, was die Massen aller Völker wünschen.

Mit den Versuchen der Verschweigungen und Verschleierungen möge man endlich aufhören. Es geht nicht an, daß man in den Zeitungen liest, was in England, Frankreich, Deutschland und Rußland vorgeht, dabei aber über Oesterreich nichts erfährt. Hat man ja sogar ernsthaft versucht, die gegenwärtige Ausstandsbewegung in Wien und Niederösterreich, von der jedermann weiß, in den Zeitungen zu unterdrücken. Durch das Ausschließen solcher Dinge müssen die abenteuerlichsten Gerüchte entstehen. Es geht nicht an, die ohnehin schwierige Lage durch die Zensur noch zu erschweren. In den Ernährungsschwierigkeiten möchte ich nur ganz kurz sagen: Man muß mindestens so viel tun, daß die begründete Meinung entsteht, daß das Hungern nicht weitergehen wird, als es unbedingt gehen muß. Wir verlangen, daß die Regierung alles tut, einen dauernden, allgemeinen Frieden herbeizuführen.

Die weiteren Verhandlungen sind aus den telegraphischen Berichten in der Hauptsache bekannt. Hervorgehoben zu werden verdient aber noch eine Rede des Deutschen Bürgerlichen Senkes, in der er folgendes sagte:

Man glaubt durch Unterdrückung der Zeitungen und Zensurhaltung des Parlaments etwas zu erreichen und streift nur die Gefahren, die aus der Stimmung des Volkes für den Frieden entstehen können, nicht aber die Gefahren, die durch ungeschickte Vertreter heraufbeschworen werden. Das Bürgertum will ebenso wie die deutsche Arbeiterschaft lebhaft einen Frieden ohne Annexionen und würde sich gegen ein Scheitern der Verhandlungen mit allen Mitteln stellen. Ich warne die Regierung, heute eine Klippe gegen die andere auszuspielen. Das deutsche Bürgertum hat nicht die Absicht, für den Gewinn von Biga den Krieg auch nur einen halben Tag weiterzuführen. Die Jugendbrigade der Offizierproben zu Preußen ist auch für das deutsche Bürgertum kein Kriegsspiel. Die kläglich geseherten Versuche, in Wien Siegesfriedensversammlungen abzuhalten, beweisen schon, wie ein durch und durch deutsches Bürgertum über diese Frage denkt. Sowohl es sich um Völker handelt, welche vor dem Kriege keine staatliche Selbständigkeit besessen haben und die durch den Zerfall des Zarentums und die Wirkungen des Krieges gewissermaßen frei herausgefallen sind, muß ihnen das entscheidende Wort über ihre Zukunft eingeräumt werden. Es ist daher nicht verständlich, warum man eine Volkstimme in Polen nicht zulassen sollte. Es ist das ein Beweis dafür, daß wir und noch mehr Deutschland eine solche Abstimmung nicht riskieren können, gleichwohl aber dieses Land haben möchten. Das jüngst veröffentlichte Programm Wilsons könnte die Grundlage zu einer Diskussion bieten. Ich warne daher, die Verhandlungen in Brest-Litowsk durch einen schnoddrigen Ton oder durch Sabeltrassen zu gefährden.

Das war am 17. Januar. Am Tage darauf — am Czernins Erklärung.

Beschreibung von Ostende — Zunehmende Gefechtsfähigkeit zwischen Ys, Lens und St. Quentin.

Amst. Großes Hauptquartier, den 20. Januar 1917.

Westlicher Kriegsschauplatz.
Ostende wurde von See her beschossen. Stetige Artilleriekämpfe dauerten im Stellungsbogen nordöstlich von Oostende bis spät in die Nacht hinein an.
In beiden Enden der Ys, am La Bassée-Kanal sowie zwischen Lens und St. Quentin hat die Gefechtsfähigkeit zugenommen. Mit besonderer Stärke lag englisches Feuer tagsüber auf unseren Stellungen südlich von der Scarpe.
Die französische Artillerie war nur in wenigen Abschnitten lebhafte. Feuerleistung trat zeitweilig im Maasgebiet sowie nördlich und südlich vom Rhein-Marne-Kanal ein.

Ostlicher Kriegsschauplatz.
Nichts Neues.
An der Mazedonischen und Italienischen Front ist die Lage unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorf.

Abendbericht.

Berlin, 20. Januar 1918, abends.
Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Bericht.

Wien, 20. Januar. Amst. wird verlautbart: Keine Ereignisse von Belang.
Der Chef des Generalstabes.

Brest-Litowsk. Einigung über die Friedensgrundlagen mit den Ukrainern.

Brest-Litowsk, 20. Januar. Die bisherigen Verhandlungen, die zwischen den Delegationen der Mittelmächte einerseits und der ukrainischen Volksrepublik andererseits geführt worden sind, haben das Ergebnis erzielt, daß über die Grundlagen eines abzuschließenden Friedensvertrages Einigung erzielt worden ist. — Der Kriegszustand soll als beendet erklärt und der Entschluß der Parteien bekräftigt werden, sofort in Frieden und Freundschaft miteinander zu leben, — die an der Front einander gegenüberstehenden Truppen sollen mit Friedensschluß zurückgezogen werden, — alle Beteiligten sind darüber einig, daß der Friedensvertrag für die sofortige Aufnahme eines regelten, wirtschaftlichen und rechtlichen Verkehrs Vorstufe zu treffen haben wird, — auch diplomatische und konsularische Beziehungen sollen alsbald aufgenommen werden.

Mit Feststellung der wesentlichen Grundzüge des Friedensvertrages sind die Verhandlungen an einem Punkte angelangt, der es den Delegationen zur Pflicht macht, mit den heimischen verantwortlichen Stellen in Fühlung zu treten, — ein Teil der bevollmächtigten Vertreter sieht sich veranlaßt, diesen Stellen persönlich über den Gang der Verhandlungen Bericht zu erstatten und deren Zustimmung zu dem Vereinarbeiten einzuholen. — Alle Delegationen sind darüber einig, daß die hier-

Alle Delegationen sind darüber einig, daß die hierdurch notwendig werdende Ausdehnung der Verhandlungen so kurz als möglich bemessen sein soll. Sie haben sich daher zugesagt, sofort nach Brest-

Litowsk zurückzukehren und sind entschlossen, sobald im Rahmen der ihnen erteilten Ermächtigungen den Friedensvertrag abzuschließen und zu unterzeichnen.

Hiermit ist es zum ersten Male in diesem, die Welt erschütternden Kriege gelungen, die Grundlagen zur Herstellung des Friedenszustandes zu finden.

Brest-Litowsk, 19. Januar. Die deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftskommissionen hielten heute mit der russischen und der ukrainischen Wirtschaftskommission Besprechungen ab, die befriedigend verliefen. Die vertraulichen politischen Beratungen mit der ukrainischen Delegation wurden fortgesetzt.

Die russische Zeitung „Wesch Tscha“ meldet, daß deutsche U-Boote bei Trapesunt Transportdampfer mit russischen Truppen versenkten. Die Meldung ist eine böswillige Erfindung, die zu dem Zweck verbreitet wird, die Friedensverhandlungen zu stören.

Clemenceaus neuestes Vertrauensvotum. Gegen royalistische und „andere Umtriebe“.

Die französische Kammer hat am Freitag dem Kabinett Clemenceau abermals ein Vertrauensvotum erteilt, aber vorweg hatte die Kammer sich durch ein wildes Unwetter von Tumulten durchgearbeitet. Sie geriet in die Debatte über die royalistischen Machenschaften und der Nationalist Tughesti Conti schleuderte Beschimpfungen gegen die Sozialisten. Konkrete Haltung gegenüber dem Ausland und England setzten ihn in Wut. Als schließlich die Kammer ihm das Wort entzog, geriet er mit dem Sozialisten Raheras ins Handgemenge. Er sprang auf die Rednertribüne und bedrohte die Linke mit dem Revolver. Die Galerien wurden unter umfänglichem Lärm geräumt, die Sitzung unterbrochen.

Wie dem „R. T.“ weiter berichtet wird, verlor nach Wieder-aufnahme der Sitzung der Präsident folgende, von Paffani eingebrachte Tagesordnung: „Die Kammer verurteilt alle Machenschaften, die zum Zwiespalt innerhalb der Bevölkerung, ja zum Bürgerkrieg führen könnten, und vertraut auf die Energie der Regierung, um durch strenge Handhabung des Gesetzes die Verfassung der Republik zu schützen.“

Dahingegen will, daß die Tagesordnung ausdrücklich jene antirepublikanischen Parteien verurteile, die aus den Reihen des Bundes Ruhen zu ziehen suchen. Clemenceau spricht sich gegen diesen Zusatz aus, weil die Regierung entschlossen sei, alle Aufwiegler und alle schlechten Patrioten, welcher Parteizugehörigkeit sie auch angehören, schonungslos zu bekämpfen. Der Sozialistisch-Radikale René Renoult verlangt, daß jene royalistischen Offiziere, von denen nicht anzunehmen sei, daß sie unbewußt den Machenschaften der „Action Française“ als Werkzeuge gebient hätten, entsprechend geahndet würden.

Renoult beglückwünscht die Sozialistisch-Radikalen, daß sie gegen die royalistischen Umtriebe so kräftig eintreten, und mit 498 gegen 13 Stimmen wird das Wort „royalistische Umtriebe“ in die Tagesordnung aufgenommen, doch auf den Wunsch der Regierung auch der Ausdruck „andere Umtriebe“ hinzugesetzt. Clemenceau erklärt, daß er hierzu die Vertrauensfrage stellt. Schließlich wird die Tagesordnung mit letzterem Zusatz mit 368 gegen 118 Stimmen angenommen.

Die „andere Umtriebe“, auf die Clemenceaus Politik eingestellt ist, sind die Bemühungen für Beendigung des Krieges, die eines Tages mit Gewalt auch im französischen Volke hervorberechen werden. Clemenceau hat sich gegen dies Ziel wie ein Tiger in ein zuckendes Stild Beute verbißten.

Allgemeiner französischer Sozialistenkongress.

Genf, 20. Januar. Der sozialistische Volkskongress beschloß, am 20. Februar einen allgemeinen französischen Sozialistenkongress einzuberufen, um zu der Außenpolitik Clemenceaus Stellung zu nehmen.

weise der Korrektur durch die historisch-ökonomische Debatte, wenn man der Gefahr ausweichen will, nationale Typen zu sehen, wo in Wirklichkeit soziale vorhanden sind.

Schiller-Theater O.: Die wilde Jagd.

Lustspiel von Ludwig Fulda.
Das nicht sonderlich unterhaltende fuldische Loblied auf die alte gute Zeit, wo die Menschen — das heißt die Angehörigen der oberen Steuerstufen — statt in der Hejhdag der Geschäfte und eingebildeten Vergnügungen sich unablässig abzugeben, noch Zeit für ein trauliches Familienleben fanden, wurde mit großem Beifall aufgenommen. Ein alter Sanitätsrat geht als Verkünder der verlorenen Herrlichkeit im Stübchen herum und predigt gutmütig ironisch wider die öde Langeweile der offiziellen Lang- und Abwärtungsgesellschaften, das Eiltempo der Reifereierei, die Eitelkeit und die Karrierejagd, die über dem Scheingold äußerer Erfolge Sinn und Empfindlichkeit für das Glück einbüßen. Ein Schilling des Alten, ein Waldweibchen, das, einmal in Mode gekommen, sich einbildet, sie müsse ihrer Kunst zuliebe in dem Gesellschaftsleben nach immer neuen Konnexionen angeln, spielt als berühmte Frau dem jungen Gelehrten, den sie zum Mann genommen, überliefert. Er setzt es sich in den Kopf, sie im Wettrennen nach dem Ruhm aus dem Felde zu schlagen. Der Professorellist soll ihm dazu helfen. Doch als er ihn erhält, schöpft er Verdacht, daß er denselben nur der Fürsprache eines Verehrers seiner Frau verdanke. Nun endlich revoltiert er offen. Man will sich trennen, worauf dann in dem Heim des Sanitätsrats, wo sie sich kennen lernten, natürlich Veröhnung gefeiert und ein Gelübnis beiderseitiger Besserung abgelegt wird.

Karl Rod spielte den freundlich-mosanten Allen mit sein gewinnendem Humor und wurde durch Herrn Kaufmann, der in der Rolle des etwas kindlichen Dogenten eine liebenswürdige Dekoration entfaltete, wirksam unterstützt. Von den Nebenrollen erhielten der nervöse Bankier durch Herrn Eiger und das gesunde Sanitätsratsweibchen durch Olga Rahr eine individuelle Färbung etc.

Notizen.

- Heber Sessing und Aleist spricht Paul Hoffmann im Lesingmuseum am 21. Januar, abends 8 Uhr, zur Erinnerung an Sessings Geburtstag. Aus Dichtungen und Briefen beider leit Dr. Erich Drach.
- Kriegsgräberausstellung. Die österreichisch-ungarische Kriegsgräberausstellung in der Berliner Gasse wird Dienstag, 22. Januar, nachmittags, eröffnet.
- Filmtrieb! Vor einiger Zeit erließen die Orientalführer ein Ausfahrverbot für Filme nach Schweden, angeblich, weil sie fürchteten, daß solche Filme nach Deutschland weiter befördert werden könnten. Da aber diese Maßnahmen die deutsche Industrie in beträchtlichem Maße begünstigt, haben sie die „Etrats“ neuerdings etwas gemildert, indem sie solchen schwedischen Filmen, die sich verpflichten, keine deutschen Filme zu beziehen, eine gewisse Anzahl von ihren Erzeugnissen überlassen wollen. Also offener Filmkrieg!

Die Volksstämme Finnlands.

Die Erringung der staatlichen Unabhängigkeit Finnlands lenkt die Aufmerksamkeit auf die Bewohner dieses Landes, die in einem harten, harten Kampf gegen die zarische Gewalt ihre kulturelle Eigenart und ihre politische Sonderstellung solange verteidigt haben. Es ist nicht verwunderlich, daß in Europa auch bei sonst unterrichteten Leuten über Finnland und seine Bewohner allerhand unklare Vorstellungen herrschen. Die geographische Randstellung des Landes und besonders die Vereinzelung seiner herrschenden Sprache innerhalb der indogermanischen Gemeinshaft sind die Hauptursachen davon. Merkwürdig ist indes, daß diese mangelhafte Kenntnis auch in Schweden vorhanden ist, das durch unmittelbare Nachbarschaft, durch eine gemeinsame politische Vergangenheit und durch einen uralten, starken und wichtigen Einfluß schwedischen Volkstums im nationalen Körper Finnlands mit diesem Land mehr verknüpft ist, als sonst irgendein Land.

Wenn man die schwedische Presse in diesen Tagen verfolgt, möchte man beinahe sagen, daß „Finnland“ für Schweden jetzt „entdeckt“ wird, und man kann sich dem Eindruck schwer entziehen, daß hinter all den feierlichen „Grundungen“ und Begrüßungen nicht lauter fröhliche Solidarität, sondern auch ein gut Teil alter nationaler Großmachtromantik mit einer Wendung ins moderne Imperialistische steht. Auch mit der allgemein beliebten Wendung vom „Brudervolk“ steht so-so. Der Schreiber dieser Zeilen hat genug Gelegenheit gehabt, in der Beurteilung des finnischen Weizens bei diesen Schweden eine Geringschätzung und anscheinend in Instinkten wurzelnde Abneigung wahrzunehmen, die — selbst in Kreisen sozialistischer Intellektueller — an den Rassenhochmut altdeutscher Herrenstandesberühmter gemahnt.

Bei den bürgerlichen Elementen mischt sich jetzt auch die Gehässigkeit ein, die durch den in Finnland zu heftigen Formen entwickelten Klassenkampf geweckt ist, wobei die hauptsächlich in den besitzenden Klassen vertretenen finnischen Schweden eher zum leidenden Teil gehören. Es ist darum von Interesse, in einem liberalen Blatt, „Stockholms Tidningen“, eine Darstellung von E. Nordenström zu lesen, die es klar macht, daß man auch bei der Abhängigkeit der Finnen im Rassenprinzip kein taugliches Wertmaß hat.

Es ist falsch, zu glauben — wie so viele Leute auch in Schweden und sogar in Finnland selbst tun —, daß die etwa 3 1/2 Millionen zählende Bevölkerung Finnlands, abgesehen von einer halben Million Menschen, die von Schweden abstammen und schwedisch sprechen, mongolischen Ursprungs seien. In Mitteleuropa ist namentlich die Meinung verbreitet, daß die Finnen mit den Magyaren stammverwandt seien. Tatsächlich stehen die finnischen Schweden und die eigentlichen Finnen anthropologisch gar nicht so fern voneinander, wenigstens unverkennbare Unterschiede vorhanden sind. Jedenfalls steht die finnische Rasse der nord-europäischen näher als der mongolischen. Ihre Kennzeichen sind nicht schwarzes, sondern blondes Haar, nicht braune und schiefgeschichtete, sondern hellblaue oder graue Augen, ohne eine Spur von Mongolenart im Augenwinkel, Monophongung ist die Hauptfarbe

gell, sondern hell, wenigstens oft etwas trüber als die der Schweden. Wohl hat der rassenreine Finne oft eine breite Stirnfläche und ein breites Gesicht, aber sehr selten die vorgeschobenen mongolischen Kieferpartien. Ist er auch kurz und unterleht, so hat er doch eine größere Körpergröße und ist derber, kräftiger gebaut als der Mongole. An Stärke und Gesundheit steht er dem Schweden mindestens gleich. Die Gesichtszüge sind wohl größer, die Körperproportionen plumper, der Wachsdruck oft spärlicher, straffer und kruppiger, aber dieser Typus ist mehr der Lavaster, nicht der eigentlichen oder Suomen, die mit der nord-europäischen Rasse stark vermischt sind und oft deren Typus fast rein zeigen. So sind sie hochgewachsen, haben langgeschädelt und ähnliche Gesichtszüge wie die Schweden. Die Karleer dagegen, ein dritter finnischer Volkstamm, haben wiederum mit den Lavastern so wenig gemeinsames, daß manche Forscher überhaupt ihre Rassenzugehörigkeit in Frage stellen. Sie sind von Wuchs kleiner, haben braunes oder schwarzes, welliges Haar, graue Augen; ein wohlgebildetes Gesicht mit dünner, hoher, nicht selten stark gebogener Nase und dichtem Bart. Den gleichen Typus weisen die nordostsibirischen Finnen (Aränen) auf, die indes stark mit den Lappen vermischt sind; die Sawolaxer dagegen sind ein Mischvolk von Lavastern und Karleern.

Was nun die finnischen Schweden anlangt, so gleichen sie den in Schweden wohnenden Schweden sehr, von einer Ungleichheit des Typus kann nicht die Rede sein. Die Durchschnittsgröße ist geringer als bei den Reichsschweden, der Progenitus der Rundschädelt etwas größer, wahrscheinlich infolge der Rassenmischung mit den Finnen, die man übrigens auch in vielen Gebieten Schwedens wahrnimmt, wo sie z. T. schon auf die Wikingerzeit zurückgeht und auch in späteren Perioden bedeutend war. Indes war die Rassenmischung in Finnland natürlich stärker. Wahrscheinlich hat die Mischung schon begonnen, ehe noch die Finnen nach Finnland kamen, nämlich in Estland, wo in vorhistorischen Zeiten an der Küste eine schwedische Bevölkerung lag. In Finnland setzte sich dieser Prozeß fort. Es scheint, daß die finnische Aristokratie schwedischen Ursprungs war. Finnische Sprachforscher haben nachgewiesen, daß die alten finnischen Götter und Helden, die im nationalen Heldensagebuch Kalevala verherrlicht werden, Namen von schwedischem Ursprung, wenn auch in verfinnlichter Form, tragen. Ein Rest des alten germanischen Stammes in den Küstengebietern hat sich wohl erhalten und hat vermutlich in den Wikingerzeiten und während der schwedischen Kreuzzüge Zugang bekommen. Hier und da bemachte er sogar finnische Volkselemente einzuschmelzen.

Bei einer Vergleichung der beiden nationalen Typen findet Nordenström, daß die Schweden mehr feinsinnige, taftfertige Individualitäten, die Finnen mehr grübelnde Krümer seien; die ersteren seien bei der Arbeit rascher und unternehmender, die zweiten ähler. Die gebildeten Schweden sollen sich meistens den Naturwissenschaften, die Finnen mit Vorliebe den humanistischen Studien zuwenden. Auch schreibt der Verfasser den Schweden einen höheren Sinn für eine geordnete Gesellschaftsordnung zu, und wenn er den Finnen bedeutende und vielversprechende Leistungen auf geistigem Gebiete zubilligt, so nimmt er für die Schweden die höhere organisatorische Begabung in Anspruch. Doch ist er damit schon auf einem Gebiet, wo die naturwissenschaftliche Betrachtung

Blutige Konstituante-Kundgebungen.

Dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ zufolge meldet „Daily News“ aus Petersburg: Der Bund zur Verteidigung der Konstituante und ähnliche Organisationen bereiten für Freitag, an welchem Tage die Konstituante eröffnet werden sollte, große Kundgebungen vor. Die ersten Aufrufe, worin sie das Volk zu energischer Straßenagitation aufforderten. Auch in den Kasernen wurde ein solcher Aufruf verbreitet. In einem anderen Aufruf wandte man sich an die Matrosen der anwesenden Schiffe, von denen man wußte, daß sie auf Seiten der Bolschewiki stehen.

Es ist dann auch zu Straßenkundgebungen gekommen, und es heißt, daß sie zu Zusammenstößen und Blutvergießen geführt haben. Reuters meldet: Vier Stunden vor Eröffnung der Konstituante habe eine maximalistische Truppe eine Prozession des Bundes zur Verteidigung der geschiedenen Versammlung angegriffen; die Fahne der Demonstration wurde niedergebissen. Dem ersten Befehl zum Feuern wurde durch Maschinengewehrfeuer Folge geleistet. Mehrere Personen wurden getötet, unter ihnen das Mitglied des ausführenden Ausschusses der Bayerndeputation, Bogdanow. Viele Personen, darunter verschiedene Frauen, wurden verwundet.

Der Korrespondent der „Daily News“ meldet aus Petersburg: Die Kommission der Bolschewiki für die Sicherheit der Hauptstadt hat eine Proklamation erlassen, in der sie die Bevölkerung zur Ruhe ermahnt und mitteilt, es sei ein Komplott entdeckt worden mit dem Zweck, die Autokratie der Sowjets zu brechen. Das Komplott hätte am Freitag zur Durchführung gelangen sollen. Es sollen sich Kerenski, Pilomentski und Stawinski, die sich, wie gemeldet, in Petersburg versteckt halten, an der Spitze des Komplotts befinden. Ueber die Stadt ist der Befehl erlassen, alle Zugänge zum Zarenpalast zu besetzen.

Basel, 20. Januar. Das revolutionäre Gericht in Petersburg beurteilte den Nationalisten und Monarchistenführer Burischewitsch zu vier Jahren Zwangsarbeit wegen Organisation eines antimaximalistischen Komplotts.

Ein Diplomatenvorstoß gegen Lenin.

Basel, 20. Januar. Nach einer Petersburger Gasmeldung versammelte sich vorgestern nachmittags zwei Uhr das diplomatische Korps, die Vertreter der neutralen Mächte eingeschlossen, netherdings bei seinem Dohem, dem Vorgesetzten der Vereinigten Staaten, um für Diamanti eine Sympathieerklärung abzugeben.

Diese Versammlung hatte auch den Zweck, einen neuen Zwischenfall zu prüfen, der durch die Regierung Lenins geschaffen wurde, indem diese über die Besprechung zwischen dem diplomatischen Korps und Lenin einen Bericht veröffentlichte, der nicht nur den Sinn des Schrittes entstellte, sondern auch die von den Diplomaten abgegebenen Erklärungen in einer tendenziösen und absichtlich falschen Weise wiedergegeben habe.

Alle Diplomaten beschlossen zur Berichtigung dieser Veröffentlichung ein Protokoll ihrer Besprechung mit Lenin und der Erklärungen, die sie im Laufe dieser Besprechungen abgaben.

Der Bürgerkrieg in Russland.

Die Beziehungen zwischen den Bolschewiki und der Ukraine scheinen sich immer mehr zuzuspitzen. Das Ultimatum der Bolschewiki an die Rada wegen Unterstützung „der Kadetten und der Kaledin-Bewegung“ ist noch nicht befriedigend erledigt. „Rasch Wel“ (die frühere „Rasch“) vom 2. Januar führt folgende Worte des ukrainischen Ministerpräsidenten Winnitschenko in der Sitzung der Zentralrada an: „Der Rat der Volkskommissare wendet uns bald sein lächelndes Gesicht zu, bald befiehlt er seinem Oberkommandierenden Antonow, seine Truppen nach Ukraine zu senden. Wir geben dem Rat eine Frist von 24 Stunden. Antwortet der Rat, daß er sich mit uns im Kriege befindet, dann werden alle hier befindlichen Anhänger des Rates unsere Feinde und sie werden als Kundschafter und Spione angesehen.“

Was weiter geschehen ist, läßt sich nicht überblicken. Die Post zwischen Nord-, Mittel- und Südrussland funktioniert sehr schlecht. Wochenlang kommen keine Blätter aus dem Süden nach Petersburg. Der ganze Eisenbahnverkehr vollzieht sich nur mühsam und höchst spärlich. Auch der Telegraphendienst versagt und ganze Strecken bleiben plötzlich tageweise ohne Verbindung.

Im Dongebiet denkt man am wenigsten an eine Kapitulation vor den Bolschewiki. Dort sind zahlreiche bürgerliche Elemente und Militärs, und auch manche Truppenteile geblieben, die mit der Bewegung übereinstimmen. Neue Formationen entstehen. Regere Organisationsfähigkeit und Vorbereitungen sind im Gange. Kornilow ist in der Hauptstadt der Kasakenrepublik, in Nowosibirsk. Er wird als Oberkommandierender der Streitkräfte bezeichnet. Manche Minister der provisorischen Regierung, viele bekannte kadettische Politiker usw. weilen in Nowosibirsk. Es wird gemeldet, daß auch manche Truppenbewegungen stattfinden, und daß die Truppen Kaledins langsam vordringen.

Zwischen sind neuere Meldungen eingelaufen, die von der jähersten Verschlimmerung des Zwistes reden. Zuerst läufige Truppen der Maximalisten sind mit Artillerie nach Süden abtransportiert worden und es heißt, daß Lenin offen von der großen Wahrscheinlichkeit des Krieges mit der Ukraine gesprochen habe.

Der König von Rumänien nicht verhaftet.

Basel, 20. Januar. Ein schweizerischer Korrespondenzbureau meldet aus Petersburg: Das Smolny-Institut dementiert die Nachricht, daß Befehl zur Verhaftung des Königs von Rumänien gegeben worden sei. Es wird jedoch beigefügt, daß das Smolny-Institut sehr ernste Maßnahmen ergreifen würde, wenn sich Rumänien dem Ultimatum nicht unterwerfe.

Charbin und Wladiwostok.

Stockholm, 20. Januar. Der „Norröj Koffi“ stellt sich lob russische Generalkonsulat in Charbin, um nicht von den dortigen Bolschewiki besetzt zu werden, unter den Schutz der chinesischen Truppen. „Nowoje Sibirsk“ zufolge zieht die chinesische Regierung große Truppenmengen an der turkestanischen Grenze zusammen.

London, 19. Januar. (Reuters.) „Daily Mail“ meldet aus Wladiwostok vom 16. Januar: Der Telegraph in Wladiwostok und Charbin ist in den Händen der Bolschewiki. Mehrere Schiffe liegen bereit, um die Japaner in Sicherheit zu bringen, falls die Lage dies erfordern sollte.

Diese Vorbereitungen sind anzusehen als die Wirkung der vor einigen Tagen erfolgten Bekanntmachung des japanischen Marineministeriums, daß ein Kriegsschiff nach Wladiwostok entsandt worden ist.

Snowden über Lloyd George.

Gelegenheit, Verhandlungen anzufangen.

Bern, 16. Januar. (Sig. Drahtber. d. „Vorwärts“.) Der sozialistische Friedensfreund Philipp Snowden erklärte dem Londoner Vertreter von „Manchester Guardian“: Die genaue Lesung des vollständigen Textes der Rede Lloyd Georges hätte seinen allgemeinen günstigen Eindruck bestätigt. Sie bildete allerdings nicht eine unveränderliche Grundlage, auf die der Friede aufzubauen wäre. Deutschland könnte an mancher Stelle Ursache finden, auf Gegenseitigkeit zu drängen, wie bezüglich Kolonialfragen. Die Rede sei gewiß einseitig, aber man denke vor allem, daß es sich um Bedingungen der Alliierten handelt. Man könne von dem britischen Vorschlag nicht verlangen, daß er gleichzeitig auch schon die deutsche Antwort enthalte. Die Rede solle vielmehr betrachtet werden als ein Anteil, den Großbritannien in die allgemeine Verhandlungssache zu werfen gedenkt. In solchem Sinne aufgefaßt, stelle sie einen großen Fortschritt dar, verglichen mit früheren Reden. In großen Konturen bietet sie

Gelegenheit, die Verhandlungen anzufangen.

Die Hauptdifferenzen zwischen den britischen Bedingungen und dem, was wir von den Bedingungen der Zentralmächte wissen, könnten durch Besprechungen erledigt werden. Die ganze Rede weist darauf hin, daß Lloyd George sich durch keine bestimmte Forderung unerträglich verbinden will, er zeichne vielmehr nur Umrisse und wünsche Nebenfragen sowie territoriale Forderungen mit jenen allgemeinen Zielen in Uebereinstimmung zu sehen. Bedeutungsvoll sei, daß die Rede über die Komplexität des militärischen Sieges schweige und eine vollständige Ablehnung der „No. Out-Politik“ bedeute.

Das Urteil wegen der Züricher Unruhen.

Bern, 19. Januar. (Werbung der Schweizerischen Depesch-Agentur.) Das Militärgericht beurteilte heute die Angeklagten Hämmer, Adin, Leonis Kasper, Barlet, Neuberger und Weibel, alle beteiligt an den Unruhen in Zürich und Kuferschlösschen wegen Meuterei im Komplotz und Gefährdung des öffentlichen Friedens von sechs Wochen bis zu zehn Monaten und den Ehrenfolgen. Adin wurde vom Grade eines Oberleutnants entsetzt, Weibel vier Jahre des Landes verwiesen.

Dänischer Ministerwechsel.

Kopenhagen, 20. Januar. Bei Beginn der gestrigen Kabinettsitzung teilte der Vorsitzende mit, daß der Ministerpräsident erklärt habe, daß die Kontrollminister Christensen und Rottbøll auf Ersuchen aus ihrem Amte entlassen wurden. Weiter wurde mitgeteilt, daß einer der beiden demissionierenden Minister an der Staatsratsitzung hormalthugs nicht mehr teilgenommen habe. Der dritte Kontrollminister Staaning der sozialdemokratischen Reichstagsgruppe soll vorläufig im Ministerium bleiben, bis der Parteitag seine Entscheidung getroffen habe. Das Ausscheiden der beiden Minister bedeute keinerlei innerpolitische Komplikationen, sondern lediglich der Aufhalt der bevorstehenden Wahlen zum Reichstag.

Der Krieg auf den Meeren.

Konstanz, Berlin, 19. Januar. Einem unserer Unterseeboote, Kommandant Kapitänleutnant Diekmann, hat kürzlich sechs durchweg bewaffnete Dampfer mit

rund 32 000 Brutto-Register-Tonnen

vernichtet.

Die Mehrzahl der Schiffe wurde in der Trifischen See teils einzeln, teils in Geleitzügen unter harter Sicherung fahrend abgeschossen, unter ihnen ein etwa 12 000 Tonnen großer Dampfer ähnlich dem „Erie-Lyp“ der White Star-Linie. Der Chef des Admiralsstabes der Marine,

Kleine Kriegsnachrichten.

Waffenrazzia in Lissabon. Lissabon, 10. Januar. (Reuters.) Letzte Nacht wurden in den dichtbevölkerten Vierteln Lissabons Waffenrazzien veranstaltet. Viele Handwaffen wurden beschlagnahmt. Die extremistischen Klubs der Partei Alfonso Costas sind noch immer geschlossen.

Die Kriegsteilnehmer für Frieden und freies Wahlrecht!

Die Mitgliederversammlung des Bundes der Kriegsteilnehmer und ehemaligen Kriegsteilnehmer überfüllte gestern mittag den großen Saal des Lehrerseminars. Der Versammlungsleiter gab eingangs die unseren Lesern schon bekannte Verfügung des Oberkommandos gegen den Dandeborschen Kuttner kund. Sein Protest dagegen und sein warmherziger Dank an Kuttner für dessen unerwünschte Tätigkeit fand die stürmische Zustimmung aller Anwesenden.

Dann sprach Ernst Heilmann über die bekannten Vorgänge in der Versammlung der Vaterlandspartei vor 14 Tagen. Er stützte sich dabei auf die erzielten Tatsachen, deren Wirkung auf die gesamte deutsche und ausländische Presse, soweit sie nicht der Vaterlandspartei mit Haut und Haaren verschworen ist, für die moralische Wertung dieser Partei vernichtend war. Der einzig tröstliche Eindruck, den die Kriegsteilnehmer aus jener Versammlung mit nach Hause genommen hätten, wäre die Ueberzeugung, daß Deutschland noch genug kampfbereite und tüchtige Männer im Innern hat, denen es hoffentlich noch vergönnt sein wird, ihre Tapferkeit an anderer Stelle zu betätigen. — Der Bund kann keinerlei Verbot, kein „Zammelfeuer der Häute“ in seiner Entwicklung aufhalten. (Langanhaltender stürmischer Beifall.)

Darauf ergriff Reichstagsabgeordneter Kamerad David, Sohn des Worts und sagte: Der Bund nach dem freien Wahlrecht im Volke wird jeden germanischen, der sich ihm in den Weg stellt. Eigenartig und bezeichnend ist es, daß Leute, die, wie Herr v. Camp, gegen die heutige Versammlung in der

Presse gehetzt haben, für ein Wahlrecht für die Kriegsteilnehmer stimmen wollen. Die Kriegsteilnehmer lehnen jede Vorrechte ab! Sie fordern ihre Rechte im Rahmen der Volksgesetze, denn das ganze Volk hat sich reich genug gezeigt, seine Geschicke selbst zu regeln. Ein empörender Rückschritt wäre eine Erhöhung des Wahlalters. Der einzige Grund dafür wäre die Furcht vor den Kriegsteilnehmern! Die Erschütterung der Verhältnisse im Kriege, die nach dem Kriege einsetzende Entwicklung wird die Selbsttätigkeit ungenügender Musfischer machen. Darum ist die Absicht, auf die dreijährige Ansfässigkeit in Preußen das Wahlrecht aufzubauen, eine schwere Herausforderung gerade der Kriegsteilnehmer. Unsere kriegsgelungenen Kameraden genießen in Preußen dieselben staatsbürgerlichen Rechte wie die Russen selbst. Sollen sie sich durch die Nichtwehr in ihr Vaterland verschließen? — Wir ehemaligen Kämpfer aus den Städten sprechen für die draußen, Kämpfer für sie hier drinnen, wie sie für uns noch draußen kämpfen! (Stürmischer Beifall.)

Zum Schluß wurde folgende Resolution angenommen: Die am 20. Januar 1918 von über 1000 Mitgliedern besuchte Versammlung der Berliner Ortsgruppe des Bundes der Kriegsteilnehmer und ehemaligen Kriegsteilnehmer billigt die vom Vorstand dem preussischen Abgeordnetenhaus überreichte Eingabe zum preussischen Wahlrecht. Die Kriegsgeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer geloben, alle Kraft in den Dienst des Kampfes für ein allgemeines Wahlrecht in Preußen zu stellen, bis die Gleichberechtigung aller Staatsbürger erreicht ist.

Tirpitz über die Kriegsbeschädigten.

Die Vaterlandspartei hielt Sonntag nachmittag in der „Philharmonie“ eine Versammlung ab, die von dem gewählten Stammpublikum alldeutsch-konservativer Versammlungen besucht war. In seiner Eröffnungsrede kam Herr v. Tirpitz auch auf die Vorgänge in den letzten Versammlungen der Vaterlandspartei zu sprechen. Er meinte, in Frankfurt und Mannheim habe sich gezeigt, daß die Gegner mangels geistiger Argumente zu humilantischen Störungen geiffen. In der Berliner Versammlung habe sich nach seinen Feststellungen die „Bewegung“ (ein schönes Wort für Kauschmitt mit Prügelein) nur gegen den unerträglichen Störer gerichtet. Den Kriegsbeschädigten schude man größte Rücksicht und allen Dank; ihre Mehrzahl aber wünsche gewiß einen Frieden mit Erfolg für alle Opfer und Sicherungen für die Zukunft. Der Bund der A. u. K., dessen Leitung eine politische Agitation radikalster Färbung betreibt, erkenne man nicht als Vertretung der Kriegsbeschädigten an. Niemand wird uns an Anteilnahme für die Kriegsbeschädigten übertreffen. Wenn in der Lehrerseminarversammlung antisemitische Äußerungen gefallen sein sollten, so würde es das sehr bedauern; auch die Juden seien der Vaterlandspartei willkommen. (Hier unterschied sich der Beifall sehr stark von den Donnergeissen, die sonst zu Ehren Tirpitzens und der folgenden Redner erklangen.) Es waren das die Professoren v. Williams und v. Möllendorff, der den jetzigen Reichstag abgahalter während eines Interregnums nannte und sich auch zu eifrigeren Wähen über Erzberger und Scheidemann veranlaßt sah, und Noethe, der mit erprobtem Furor teutonius losging. Auch ein Prof. Dr. v. Kunze und ein Kriegsminister Major, der radikalste Annerionen in Ost- und West Preußen, traten auf. Als letzter sprach ein Arbeiter, der (2) Hoch seinen Schmerz darüber aus, daß man die Sozialdemokratie immer wieder als Vertreterin der deutschen Arbeiterschaft betrachte; hoffe sie doch ein zufriedenes deutsches Volk, ein starkes Deutschland und das deutsche Kaiserhaus.

Mit der üblichen Entschliebung ging die Versammlung zu Ende, der auch ein Schreiben Hindenburgs an Tirpitz nicht fehlte. Es war aber nichts weiter als ein höflicher Sammelruf für die geschlossenen Vertrauensverbände und ohne alle ausschlagbaren Standpunkte.

Allgemeines Versammlungsverbot im Bezirk Mannheim.

Das Stellvert. Generalkommando des XIV. Armeekorps zu Karlsruhe hat im Interesse der öffentlichen Ruhe und Sicherheit auf Grund der §§ 4 und 5 des Belagerungszustandsgesetzes bis auf weiteres alle öffentlichen Versammlungen politischer Parteien oder diesen gleich zu erachtender Vereinigungen in den Amtsbezirken Mannheim und Schwesingen verboten. Es erklärt, zu dieser Wohnahme habe greifen müssen, nachdem am Sonntag in Mannheim die Abhaltung der öffentlichen Versammlung einer Partei (der Vaterlandspartei) von anders Denkenden durch planvoll organisiertes Schreien, Pfeifen, Lärmen und Singen völlig hindert wurde, obwohl der Versammlungsleiter zwei Redner anderer Parteien ausdrücklich zur Diskussion zugelassen hat.

Würde bisher den Arbeitern die Versammlungs- und Rede-freiheit nicht unterbunden worden sein, dann hätten sich wahrscheinlich die bekannten Tatsachen vermeiden lassen. Und hätten die Berliner Vaterlandsparteiler nicht die Kriegsbeschädigten Vaterlandsverteidiger zur Tür hinausgedrückt, so wäre die Erregung gegen die Vaterlandspartei im Vaterlande minder groß.

Belästigung der Zeitung.

Wir brachten am 29. Dezember eine Mitteilung unter der Ueberschrift „Höchstpreisüberhöhung unter Herrn von Waldows Aufsicht“, in der die zu hohe Bezahlung des in der Provinz Pommern für die Hindenburgpende abgelieferten Speckes ufn kritisiert wurde. Hingzu hat uns das Kriegsernährungsamt zwei ausführliche Darlegungen gesandt, die wir anstandslos im Wortlaut wiedergegeben haben. Trotzdem läßt sich auch nach die Landwirtschaftskammer für die Provinz Pommern genötigt, uns „bei Vermeidung des Verteidigungszwangs“ eine Erklärung zu senden, die genau dasselbe besagt wie die Zuschriften des R. G. A., nämlich:

Es ist unmaß, daß von Seiten der Landwirtschaftskammer die damaligen Höchstpreise für Speck, Schmalz und Schinken mißachtet worden sind, wobei ich vielmehr, daß sie ausschließlich die für Steatin geltenden Höchstpreise bezahlt hat; Steatin war Erfüllungsort, da dort die Hauptammelstelle für die Hindenburgpende eingerichtet war, bei der die Sammlungen aus der ganzen Provinz zusammenfloßen und von wo sie an die Empfängerstellen weitergeleitet wurden.

Wir haben demgegenüber schon einmal nachgewiesen, daß die Landwirtschaftskammer nicht berechtigt war, die für Steatin geltenden Höchstpreise, wozu unter Kleinhandelshöchstpreise zu verstehen sind, an die Empfänger zu zahlen, daß vielmehr das Reichsgericht in der Zahlung von Kleinhandelshöchstpreisen an Empfänger eine präfabre Ueberschreitung der Höchstpreise erblickt. Nachdem dieses alles in unserer Volkens mit dem R. G. A. ausführlich dargelegt war, bestand für die Landwirtschaftskammer wirklich kein Grund, noch einmal mit derselben Sache von vorn anzufangen.

Gewerkschaftsbewegung

Die Lohnbewegung der Brauereiarbeiter verlagert.

Anfang Dezember hatte eine Versammlung der Brauereiarbeiter beschlossen, daß eine angemessene Lohnsteigerung bei den Unternehmern beantragt und, falls die Verhandlungen darüber bis Ende Dezember kein Ergebnis haben sollten, weitere Maßnahmen zu ergreifen. Inzwischen hat die Lohnkommission der Arbeiter mehrmals mit den Vertretern der Unternehmerorganisation verhandelt und ihnen formulierte Forderungen vorgelegt. In erster Linie wurde eine Lohnsteigerung von 20 % für die Woche gefordert. Die Unternehmer erklärten, sie hätten gegen Lohnforderungen an sich keine grundsätzlichen Einwendungen zu machen, aber die Lage des Brauereigewerbes sei gegenwärtig so wenig günstig und was die nächste Zukunft bringe, sei so ungewiß, daß sich die Verhältnisse des Gewerbes gar nicht übersehen ließen und deshalb eine Lohnsteigerung gegenwärtig nicht bewilligt werden könne. — In diesem Punkt wachen die Unternehmer das Zugeständnis, daß eine beschleunigte Verringerung der Steuerertragsteuern eine Runderhebung herbeiführen solle. — Im übrigen erklärten die Unternehmer, daß sie nach einigen Wochen, wenn sich die zukünftigen Verhältnisse des Gewerbes überblicken lassen, bereit seien, sowohl über die Lohnforderung sowie über die sonstigen von der Kommission formulierten Forderungen zu verhandeln. Damit unter dieser Voraussetzung den Arbeitern für eine Lohnbewegung freie Hand bleibe, vereinbarten die beiderseitigen Vertreter, daß die Runderhebung für den bis zum 31. März laufenden Tarifvertrag hinausgeschoben wird.

Einer am gestrigen Sonntag abgehaltenen Versammlung der in den Brauereien beschäftigten organisierten Arbeiter legte die Lohnkommission den Verlauf der Verhandlungen dar und empfahl in Übereinstimmung mit den Vertrauensmännern der zuständigen Organisationen folgende Resolution, die nach einer längeren Aussprache einstimmig angenommen wurde:

Die Versammlung nimmt Kenntnis von der Erklärung der Arbeitgeber in der Verhandlung vom 9. Januar etc., demzufolge eine Ueberstufung über die im Brauergewerbe sich entwickelnden Verhältnisse gegenwärtig nicht möglich sei und beschließt: die Verhandlungen über die Lohnregulierung und die weiteren von der Lohnkommission eingereichten Bedingungen noch einige Wochen hinauschieben und ihr Einverständnis mit der abermaligen Verfürzung der tariflichen Runderhebung bis Ende Februar zu erklären.

Groß-Berlin

Die Schwierigkeiten der Marmeladenverteilung.

Die Reichsstelle für Gemüse und Obst schreibt: Es wird im Publikum, namentlich jener großstädtischen Mittelpunkte, die sich aus einer Reihe von Kommunen zusammensetzen, sehr unangenehm empfunden, daß die Verteilung der gerade in der Zeit des jetzigen Getreidemangels stark begehrten Marmelade in den verschiedenen Gemeinden ungleichmäßig erfolgt. Während die eine Kommune mit der Austeilung längst fertig ist, hat eine andere noch nicht einmal damit begonnen, so daß oft mehrere Wochen zwischen den einzelnen Verteilungsstellen liegen. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst trägt hieran ebenso wenig Schuld wie die einzelnen Kommunalverbände. Denn bekanntlich wird die Zubereitung des Obstes aus der „Kriegsgesellschaft für Obstkonerven und Marmelade“, einer Tochtergesellschaft der Reichsstelle angegliederten Marmeladenfabrik, die konzentriert sind, übertragen. Die eine Fabrik hat diese, eine andere jene Gemeinde mit Marmelade zu beliefern. Diese Verteilung kann aber nicht immer rechtzeitig und gleichmäßig erfolgen, weil alle die Schwierigkeiten, die mit dem Krieg verknüpft sind, sich als oft recht gewichtiges Hemmnis unliebsam bemerkbar machen. Da kann die eine Fabrik nicht rechtzeitig die ihr übertragene Ware liefern, weil es ihr an den nötigen Kohlen mangelt, nicht weil diese Kohlen nicht vorhanden sind, sondern weil die gewaltige Verlastung der Eisenbahnen durch den dringlichen Kriegszweck dienenden Güterverkehr eine entsprechende Anfuhr genügender Kohlenmengen verhindert. Auch waren in den Monaten Oktober und November die Eisenbahnen zeitweilig für alle anderen Güter gesperrt, nur um den Bedarfszentren die für unsere Ernährung so wichtige Kartoffel rasch und in Massen zuführen zu können.

Ein andermal fehlt es den Marmeladenfabriken, wiederum aus denselben Gründen an dem nötigen Zucker, ein drittes Mal kann die fertig gewordene Marmelade nicht abgeliefert werden, weil nicht genügend Verpackungsmittel das heißt Böden, Eimer und dergleichen vorhanden sind. Kommt die große Knappheit an Fässern, Eimern, Wickelbändern nicht zufällig einmal dadurch übermunden werden, daß eine benachbarte Brauerei, die stillsteht, der Marmeladenfabrik ihr Rohmaterial überläßt, so muß diese oft wochenlang warten, ehe sie das hergestellte Obst aus der an sie verwiesenen Kommune zu liefern vermag. Diesen Schwierigkeiten hat man in manchen Fällen dadurch zu begegnen versucht, daß man an Stelle von Fässern sogar Böden zur Verpackung der Marmelade verwandte. Dieser Ausweg, der natürlich nur ein Notbehelf sein kann, hat sich nicht durchweg bewährt, weil entweder das zu den Fässern gebrauchte Holz bei seiner Verlastung mit dem feuchten Obstsaft sich wärmt und die Verpackung infolgedessen unbrauchbar

oder weil die Ware den Holzgeschmack annimmt und somit minderwertig wurde.

Wer alle diese Umstände, zu denen noch viele andere Schwierigkeiten hinzukommen, die nicht im einzelnen aufgeführt werden können, berücksichtigt, wird begreifen, warum die Marmelade nicht immer zeitig an das Publikum verteilt werden kann und daß das gelegentliche Ausbleiben des begehrten Obstes nicht eine Folge von Willkür ist, deren Verletzung in der Nacht der Reichsstelle und der verteilenden Kommunen liegt.

Jedenfalls kann aber wiederholt darauf hingewiesen werden, daß die Bewohner eines verpöbten belebten Kommunalverbandes bezüglich der Menge nicht schlechter in ihrem Marmeladenbezug ge-

Das wirklich arbeitende Volk

Hand- und Kopfarbeiter, Angestellte und Beamte, findet energische, klare und zielbewusste Vertretung seiner politischen und wirtschaftlichen Interessen allein in der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands!

Dem wahren Fortschritt diene jeder durch den sofortigen Eintritt in die Partei.

Nachstehenden Schein sende man ausgefüllt an Theodor Fischer, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zur „Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“.

Name: _____

Beruf: _____

Genaue Adresse: _____

steht sind. Jeder erhält dieselbe Menge Marmelade wie sein unter denselben Verhältnissen lebender Nachbar, der eine nur unter Umständen später als der andere.

Keine Höchstpreisüberschreitung bei der Wumma.

Vom Kriegsministerium werden wir um Aufnahme folgender Zuschrift gebeten:

In dem in Nr. 9 des „Vorwärts“ vom 9. Januar erschienenen Artikel „Waldow mit dem Staatsanwalt“ wird gesagt, daß auch das Kriegsamt „Wumma“ sich an der allgemeinen Ueberschreitung der Höchstpreise durch Angebot und Verkauf von Schinken und Herbelatwurst zum Preise von 14 Mark für ein Pfund beteiligt habe.

Nach Mitteilung des Kriegsamts Wumma sind Schinken oder Herbelatwurst zu einem Preise von 14 Mark für ein Pfund oder einem ähnlichen Preise von keiner Dienststelle im Waisen- und Pensions-Versorgungsamt angekauft oder angeboten worden.

Kartoffelaufbewahrung.

Das Kriegsernährungsamt schreibt: Die Kartoffelmengen auf dem Lande sind ebenso wie die von den Städten eingelagerten Kartoffeln nach den schlechten Erfahrungen des Vorjahres nun wohl größtenteils zweckdienlich und frostsicher angelegt. Die Aufbewahrung im Privathaushalt läßt aber dort, wo man bislang keine Erfahrung mit der Einlagerung von Vorratskartoffeln hatte, immer noch vielfach zu wünschen übrig. Es muß hier erneut darauf hingewiesen werden, wie notwendig es ist, der pfleglichen Behandlung und guten Aufbewahrung der gelieferten Kartoffeln sorgfältige Sorgfalt zuwenden. Selbst in warmen Räumen, auf Korridoren usw. finden wir sie immer noch lagern. Wer keinen guten Keller zur Verfügung hat, tut besser, die Kartoffeln auf den Boden zu bringen und sie durch Ueberdecken mit Papier und alten Kleidern nach Möglichkeit vor Frost zu schützen. Ein Keller mit einer Temperatur von 2-8 Grad ist aber jedenfalls die beste Aufbewahrungsstelle. Nur darf man sich nicht damit begnügen, die Kartoffeln dort einfach liegen zu lassen; sie müssen regelmäßig nachgesehen und alle faulen sofort entfernt werden, da von diesen Gärulosemieren die Ansteckung sich im schnellsten Maße weiter verbreitet. Wer seine Kartoffeln zu hoch gelagert hat, sollte sie noch jetzt um; höher als 90 Zentimeter dürfen Kartoffeln nicht lagern. Bei Tauwetter muß der Keller dann von Zeit zu Zeit gelüftet werden. Reineisensalze dürfen die Kartoffeln in Säden oder geschlossenen Kisten aufbewahrt werden. Wer diese Maßregeln sorgfältig durchführt, wird selbst in diesem Jahre, obwohl der Fruchtigkeitsgehalt der Ware ziemlich hoch ist, vor Verlusten bewahrt bleiben.

Einem dreifachen Selbstmordversuch unternahm am Sonntagmorgen ein kriegsgefangener Russe vom Arbeitskommando der Kleinbahn in Eberswalde-Siehnitz. Der Russe war, während der Schloßwächter das Schloßhäuschen auf wenige Minuten verlassen hatte, im Begriff, sich mit einem Messer die Kehle durchzuschneiden, als der Beamte zurückkehrte und dem Lebendigen nach heftigem Widerstand das Messer entriß. Nun ergriff der Russe eine in dem Zimmer befindliche Art und schlug sich mit derselben auf wiederholten Malen in die Schädeldecke, so daß das Gehirn blutigelegt wurde. Dann entloß der Gefangene Blutüberschuß und stürzte sich schließlich oberhalb der Schloßtür in den Finowkanal, um so sein Ende zu finden. Dem inzwischen herbeigerufenen Wachkommando gelang es aber, den mit den Pfoten kämpfenden mittels Stangen herauszuführen. Er wurde nach dem Hegermühlsee Verbandskranzentransporte übergeführt.

Der älteste und bekannteste deutsche Gerichtsberichterstatter, Hugo Friedländer, wurde gestern mittag auf dem Friedhof der jüdischen Gemeinde in Weihensee zur letzten Ruhe geleitet.

Für Kleingartenbesitzer. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß Anträge auf Bewässerung von Beeten auf Beschaffung von Sämereien und Saatpflanzen für Kleingartenbesitzer unter Berücksichtigung der Kistenmachweise möglichst frühzeitig, am besten schon bei Anfang März bei der Zentralstelle für den Gemüsebau im Kleingarten, Berlin W, Behrenstr. 80-82, gestellt werden müssen.

Die Störungen im telegraphischen Verkehr haben sich vermehrt, sind aber noch nicht ganz behoben, besonders nach Weisbaden und Rheinland hin. Telegrammverzögerungen sind deshalb auch weiterhin unvermeidlich.

Charlottenburg, Kriegswohlfahrt. Seit Beginn des Krieges bis Ende Dezember 1917 hat die Stadt Charlottenburg an Unterhaltungen für Kriegsfamilien und Richtkriegsteilnehmer und deren Familien über 47 1/2 Millionen Mark ausgegeben. Der Betrag der Unterhaltungen im Monat Dezember belief sich auf etwa 2 Millionen Mark.

Wilmersdorf, Abgabe von Rähmteufen. Für die Zeit vom 16. Januar bis 15. Februar gelangen auf Grund der neuen Lebensmittelkarte (nicht Bezugskarte für Einzelpersonen) zur Ausgabe: Auf Abschnitt 1: 150 Gramm Graupen, auf Abschnitt 2: 150 Gramm Weizengrieß, auf Abschnitt 3: 150 Gramm Graupen, auf Abschnitt 4: 150 Gramm Leinwand. Die Veranmeldung zum Bezuge hat in der Zeit vom Montag, den 21., bis einschließlich Mittwoch, den 23. Januar, zu erfolgen, und zwar auf alle 4 Abschnitte bei einem und demselben Kleinhändler. Die Anmeldung geschieht in der Weise, daß die Kleinhändler von den Lebensmittelkarten den oberen, mit den kleineren Nummern versehenen Teil derjenigen Abschnitte, auf die Ware bezogen werden soll, einzeln abstempeln. Die Verkaufsstelle für die Waren werden besonders bekanntgegeben.

Die Ausgabe der Lebensmittelkarten für Jugendliche (J.) vom begonnenen 8. bis zum vollendeten 17. Lebensjahre findet von Montag, den 21., bis Donnerstag, den 24. Januar, durch die Brotkommissionen statt. An diesen Tagen haben sich die Empfangsberechtigten oder geeignete Vertreter aus besonderer Ausgabeordnung in den Geschäftsräumen der zuständigen Brotkommissionen zwischen 9 und 2 Uhr einzufinden. Die Ausgabe dieser Lebensmittelkarten erfolgt auch in Zukunft nur auf Grund jeweiliger besonderer Bekanntmachung.

Aus aller Welt.

Seitspann in China. Der „Tempo“ meldet aus Peking: Die Regierung wird von sachverständigen Kreisen wegen Nachlässigkeit in der Bekämpfung der Pest außerordentlich scharf angegriffen. Die Pest breitet sich schnell aus. Verschiedene Kreise wurden bei Ausübung des Berufes im Pekinggebiet von der Menge überfallen und schwer mißhandelt.

Groß-Berliner Parteinaudrichten.

Zahnhaltshol. Für die im März stattfindenden Wahlen zur Gemeinde-Vertretung liegen die Wählerlisten vom 15. bis 30. Januar im hiesigen Rathaus öffentlich aus. Gewählt wird auf Grund der Wählerlisten vom Jahre 1914.

Jugendveranstaltungen.

Schöneberg, Arbeiter-Jugend. Mittwoch, den 23. Januar, geselliges Beisammensein. Anfang 8 Uhr. Die Veranstaltungen finden regelmäßig Mittwoch und Sonntag bei Lehmann, Sedanstraße 53, statt. Gäste sind in allen Veranstaltungen willkommen. Der Jugendklub.

Wetterbericht. Zeitweise neblig, sonst vielfach heiter, keine erhebliche Niederschläge; in der Nacht zu Dienstag wieder kühl, am Tage überall ziemlich mild.

Verantwortlich für Inhalt: Erich Kautner, Berlin; für den Abdruck Teil des Blattes: Alfred Schick, Berlin; für Anzeigen: Th. Oetzel, Berlin. Druck u. Verlag: Hermanns Buchverlag u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unter Leitung des Schraubendreher Hermann Kurtz Gerichtstr. 21, am 17. d. M. gefascht ist. Obre seitens Kunden! Die Verhandlung findet am Dienstag, den 22. d. M. nachmittags 9 1/2 Uhr, von der Zeichenhalle des Postfachhofes in Reinickendorf, Straßstr. 12, aus statt. Nege Vertretung wird erwartet. Die Ortsverwaltung.

Admiralspalast 7 1/2 Uhr: Deutsche Tänze von Schabert. Abrakadabra. Spezialarzt Dr. med. Laabs beh. schnell, gründl., mögl. schmerzlos u. ohne Fernschick. Geschlechtskrankheit, geheime Haut-, Nerv-, Frauenleiden, Schwäche, Erprobte Methoden Ehrlich-Hata-Kuren, Horn- u. Blutuntersuchung. Schindler Königstr. 34/36, Pflanzendstr. 10-11, 6-8, Sonnt. 10-11

Ein menthehl. Werk für Harmonium. In mehr als 30 000 Exempl. verbr. Dieses Werk seiner Art. Prakt. Schule für Harmonium. Universal-Harmoniumschule für alle Systeme. Erste Schule für das einheimische oder Normal-Harmonium von Hermann Protze. 19889 Dr. Knig. 214 S. R. 7.20. Vollaussg. 142 S. R. 4.80. Ausführl. Lehrgang von den ersten Anfängen bis zur vollen Ausbildung. Beste Methode zum Selbstunterricht. Große Auswahl von Übungen und Vortragsstücken. Zu beziehen durch alle Musikalien-Handlungen und vom Triumph-Verlag G. m. b. H., Berlin SW 61 Waterlos-Platz 19. Reichpl. 11418.

Tabak-Grobschnitt (kein Rippentabak) Pfd. 12.- M. per Nachnahme unfr. Th. Falkenbach, Dortmund u. d. Krimstraße 7.

Spezial-Arzt I. Geschlechtskrankheiten, Harnleiden, Schwäche, Ehrlich-Hata-Kuren, Blut- und Harn-Untersuchungen. Institute: a. d. Lützowstr., Sprechstunden 1/2-2, 1/2-1/2, 1/2-1/2 Uhr abends, Sonntag 1/2-1/2 Uhr. Potsdamer Str. 117 48 S. starke Broschüre 50 Pf., nach außerhalb 1 M. in verschl. Kuvert. Aufklärende Dr. med. Karl Reinhardt.

Zur Erweiterung ihrer Geschäftszweige im nächsten Frühjahr nimmt die Norddeutsche Gemüsehau-Genossenschaft jetzt mehrere Mitglieder mit Anteilen zu hundert Mark als Hilfe Teilnehmer an. Auch die neuen Mitglieder erhalten sofort einen halben Sackner Weißkohl solange die Vorräte noch reichen. Bei mehrere Artikel entsprechend mehr. Näheres in den Verteilungsstellen: Koblenzener Straße 4 (dem Ringbahnhof Schönhafer Allee) und Petersburger Straße 4a, und im Verwaltungsbureau: Burgstraße 27 III. Zimmer 76 (gegenüber Jüdisch. Schul.). Kriegsanteile sind zum vollen Nennwert in Zahlung genommen. Der Gewinnschub wird als Dividende an die Mitglieder verteilt. Koblenzener Str. 4 II. geöffnet Dienstag, Donnerstag, Sonnabends von 10-12, außerdem Sonntags früh 8-10. Petersburger Str. 4 II. geöffnet Montags, Mittwochs, Freitags 9-12 und 4-7, außerdem Sonntags 11-1. 8/11

Zähne m. echl. Friedenskautschuk 8,50 M. 5 Jahre Garantie. Zahnziehen m. Betäubung, bei Bestellung v. Gebühren gratis. Goldkronen v. 20 M. an. Spex. Zähne ohne Zahnpraxis Hatvani, Danziger Straße 1 Gaumenpl. 10992

Ein-richter für Automaten, Revolver, Bohrmaschinen, Schnitte u. Stanz. Werkzeugmacher stellen ein Spezialkonstruktionen. Steglitz, Birkhuschtr. 37/38. Kellern, möglichst mit-tärfreien 10992

Kutscher mit guten Mann. Best. sofort. J. D. Kiesel A.-G., Berlin-Grün.

Lehrmädchen der-langt Siedler's Blumenfabrik. 20012 Rottstr. 80. Hautjucken (Krätze) wirksames Spezialmittel 8 M. Dupp. Parfümerie (2 Pars.) 10 M. Apoth. Lauenstein's Vera. Spremberg L. 44

Löterinnen auf Batterien gesucht. R. Sachs, Batteriefabrik, Neanderstr. 4.

Lombard-Haus N. Graf, Leipzigerstr. 75 U. 10-50% unt. Ladenpr. 10992

Österreichische Rettungsbühre. Sachl. Eiern lauft preiswert 6/12

Spezialarzt Dr. med. Wockenfuß, Friedrichstr. 123 (Oranienb. T.) für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden, Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 10T.), Blutuntersuch. Schnell, sichere, schmerzlos. Heilung ohne Berufs-störung. Teilzahlung. 252/12 Sprechstunde: 11-1 u. 6-8.

Spezial-Arzt Dr. med. Hasché, Friedrichstr. 90 durch am Stadtbahn-Station von Spittel, Gant-farn, Frauenleiden, leg-zen, Hata, Ehrlich-Hata-Kuren, Harnleiden, Harn-Untersuchung ohne Berufs-störung. Blutuntersuchung. Wäh. Breite, Teilzahlung. Sprechstunden 10 bis 1 und 5-8, Sonnt. 11-1.

Hämorrhoiden Mittel, 1000fach bewährt 20. 5.50 u. 9.00; Preis frei. Apoth. Lauenstein's Veraand, Spremberg L. 44.